NEWSLETTER

FRANK JAHNKE

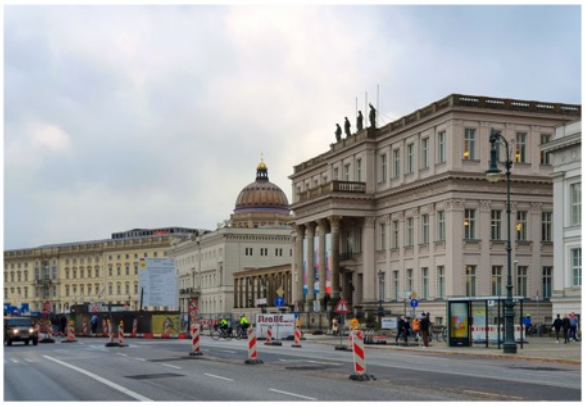
FÜR SIE. FÜR CHARLOTTENBURG.

SPD

Aktuelle Informationen von Frank Jahnke – Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
November / Dezember 2020

Inhalt — Seite

EDITORIAL	1
ERINNERUNGSKULTUR Gedenken an den 9. November 1938 in der Duisburger Straße	2
SOLIDARITÄT »Wall-Street Gallery« in Not	3
UNTERNEHMENSBESUCH In der Zentrale von *SIGNA Real Estate* am Breitscheidplatz	4
MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP »Unvollendete Metropole. 100 Jahre Städtebau für Groß-Berlin«	6
AUS DEM ABGEORDNETENHAUS	8
TERMINVORSCHAU	8
WEITERE INFORMATIONEN	8



Berlin im November 2020: Im Kronprinzenpalais (re.) harrt die Ausstellung »Unvollendete Metropole« (s. S. 6) der Wiedereröffnung. Vom Humboldtforum in Form des rekonstruierten Schlosses ragt die heiß umstrittene Kuppel hervor, die zu Pfingsten 2020 fertig wurde. Foto: Frank Jahnke

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 nähert sich bereits wieder dem Ende – das mit vielen Erwartungen verbundene erste Jahr der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts! Da der Begriff »Zwanziger Jahre«, manchmal auch »Goldene Zwanziger« genannt, in der kollektiven Erinnerung leicht verklärt vor allem mit kultureller Vielfalt nach dem Ersten Weltkrieg und Überwindung des Kaiserreiches assoziiert ist, verband sich der Beginn dieses Jahres auch mit vielen Hoffnungen auf eine weiterhin blühende Kulturlandschaft in Berlin. Es wirkt daher fast wie Ironie, wenn dieses erste Jahr der »neuen zwanziger Jahre« mit einem beispiellosen Stillstand des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens über mehr als zwei Monate verbunden bleiben wird. Nach einem Sommer mit relativer Normalisierung betrifft der »November-Lockdown« den kulturellen Bereich erneut. Auch die zahlreichen Gedenktage dieses Jahres, begonnen mit dem 75. Jahrestag der Befreiung, dem 30. Jahrestag der Deutschen Einheit sowie dem 100-jährigen Bestehen von Groß-Berlin, mussten coronabedingt sehr viel kleiner begangen werden als ursprünglich vorgesehen.

In diesem Newsletter wird über das Stadtjubiläum aber ausführlich berichtet – verbunden mit einigen Empfehlungen zu hoffentlich bald wieder geöffneten Ausstellungen. Die Vielschichtigkeit des Datums 9. November kommt ebenfalls zur Sprache und wird an zwei konkreten Orten im heutigen Berlin festgemacht. Breiten Raum nimmt auch wieder die aktuelle Diskussion um Stadtentwicklung, Immobilienwirtschaft und die Kaufhaussituation in Charlottenburg-Wilmersdorf und am Hermannplatz ein, und – last but not least – wie sich das Abgeordnetenhaus den Herausforderungen der Corona-Pandemie stellt.

Ich wünsche Ihnen/Euch eine angeregte Lektüre – und bleiben Sie gesund!

Ihr / Euer

ERINNERUNGSKULTUR

Gedenken an den 9. November 1938 in der Duisburger Straße

In der relativ kurzen Duisburger Straße in meinem Wahlkreis unweit des Olivaer Platzes mit ihren nur zwanzig Wohnhäusern gibt es mehr Stolpersteine als in den meisten anderen Straßen Berlins. Sie erinnern an die jüdischen Menschen, die hier einst lebten und von den Nazis erst entrechtet, dann ins Exil getrieben oder in die Todeslager deportiert und ermordet wurden.

Eine Karte aus der NS-Zeit, die auf der Gedenkstele an der Duisburger / Ecke Konstanzer Straße dargestellt ist, lässt den Grund erahnen, weshalb gerade hier Ende der dreißiger / Anfang der vierziger Jahre besonders viele jüdische Menschen Zuflucht suchten: Die Duisburger Straße lag knapp außerhalb des von Nazis als »judenrein« deklarierten Gebiets um den Kurfürstendamm, aus dem sie die jüdischen Bewohner zunächst in andere Stadtviertel vertrieben.

Angelika Kaufel (li.) und Monika Schümer-Strucksberg (re.) vor der Gedenkstele an der Duisburger Straße
Foto: Frank Jahnke

Die Arbeitsgruppe Gedenken der SPD-Abteilung Wilmerdorf-Nord nahm den 82. Jahrestag der grausamen Pogromnacht vom 9. November 1938 zum Anlass, mit einer kleinen Gedenkausstellung in Form von Thementafeln, die an den Bäumen in der Duisburger Straße befestigt wurden, an das Schicksal der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erinnern. MONICA SCHÜMER-STRUCKSBERG und ANGELIKA KAUFEL von der Arbeitsgruppe Gedenken haben die Thementafeln erstellt, auf denen der allmähliche Prozess der Entwürdigung und Entrechtung dargestellt wurde – vom Beginn der Ausgrenzungen 1933, über die Schikanen der Nürnberger Rassegesetze bis hin zu dem ersten Höhepunkt der entgrenzten Gewalt am 9. November 1938 durch die Nationalsozialisten und ihre willigen Schergen und Helfershelfer. All diese Maßnahmen hatten das Ziel, die Gesellschaft an die noch folgenden Verbrechen und die alltägliche Tyrannei zu gewöhnen, wie die Initiatorinnen der Ausstellung erläutern. Die Namenstafeln vor den einzelnen Häusern sollten ganz besonders an die zahlreichen Bewohnerinnen und Bewohner erinnern, die von den Nazis aus ihren Häusern verschleppt, deportiert und in den Tod getrieben worden sind, und denen bislang noch kein Stolperstein gewidmet werden konnte.

Viele Jahrzehnte lang waren diese Menschen und ihr Schicksal vergessen und niemand kümmerte sich darum, wer in den Jahren der NS-Diktatur in der Duisburger Straße gelebt hatte. Stolpersteine und die Gedenkstele erinnern in lobenswerter Weise seit einigen Jahren daran, und auch die temporäre Ausstellung vom 7. bis zum 9. November stieß auf breites Interesse bei den Nachbarn, den Passanten sowie den Besucherinnen und Besuchern, die gezielt gekommen waren. Es bedarf genau solcher Aktivitäten, um das unvorstellbare Geschehen vor 80 Jahren in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und den früheren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein Gesicht zu geben! ■

Chronologie der Entrechtung
Foto: Frank Jahnke

SOLIDARITÄT

»Wall-Street Gallery« in Not

Es war am 9. November 1986, auf den Tag genau drei Jahre vor der Grenzöffnung – ja sogar auf die Stunde genau drei Jahre vor SCHABOWSKIS legendärer Pressekonferenz – als direkt an der Mauer auf Kreuzberger Seite die »Wall-Street Gallery« eröffnete. Der Name der Galerie spielte zwar begrifflich mit dem berühmten Vorbild einer Straße und einer Börse in New York, doch die »Wall-Street« in Berlin war ganz wörtlich gemeint und hieß Zimmerstraße – eine Straße, die es zwischen 1961 und 1989 in Wahrheit eigentlich nur auf dem Stadtplan gab, in der Realität aber der Todesstreifen zwischen Mitte und Kreuzberg war.

Der Bildhauer PETER UNSICKER, der ursprünglich aus Heidelberg kam, aber schon seit 1971 an verschiedenen Orten in Kreuzberg gewirkt hatte, gründete die Galerie unmittelbar an der Mauer, um dort seine Werke zu zeigen. Die Grenze zur DDR verlief schon vor der Mauer auf dem Bürgersteig, wie ihm zwei Herren von der Stasi, die einmal zu Besuch kamen, verdeutlichten. Sobald PETER UNSICKER über die Schwelle seiner Galerie nach draußen schritt, befand er sich schon in Ost-Berlin. Er weiß daher viele interessante Begebenheiten aus der Zeit mit der Mauer zu berichten.

Doch drei Jahre nach Gründung der Galerie war die Mauer plötzlich offen, wurde bald danach auch abgerissen, und es begann eine neue Ära für die »Wall-Street Gallery«. Von üppigem Grün umrankt wurde die kleine Galerie in der nun lebhaft bevölkerten Zimmerstraße zu einem beliebten Anlaufpunkt für Kunstinteressierte und Lebenskünstler aus aller Welt.

Dies lief 30 Jahre so, bis in der Nacht vom 4. auf den 5. April 2020, mitten im ersten »Lockdown«, ein Brand in der Galerie ausbrach. PETER UNSICKER und seine Partnerin CLAUDIA CROON waren selbst zugegen und erlitten Brandverletzungen, als sie versuchten, Kunstwerke und Bücher vor den Flammen zu retten. Seither ist die »Wall-Street Gallery« geschlossen, und überdies gibt es Versuche des Hauseigentümers, die Galerie zu vertreiben. Das üppige Grün rund um das Schaufenster ließ er schon klammheimlich entfernen, ohne zuvor mit den Inhabern zu sprechen.

Doch PETER UNSICKER und CLAUDIA CROON geben nicht auf und kämpfen um ihre »Wall-Street Gallery«. Denn sie ist weit mehr als nur ein Arbeits- und Showroom, sondern auch der Lebensmittelpunkt des Künstlerpaares. Leben ist für UNSICKER Arbeit und Arbeit das Leben, da fällt es schwer, eine Trennlinie zu ziehen zwischen privater Wohnung und Arbeitsort.

Claudia Croon und Peter Unsicker im August 2020 vor der »Wall-Street Gallery«. Das Grün wuchert zwar noch, doch sind die Brandschäden deutlich zu sehen.
Foto: Frank Jahnke

Das Feuer im April hat somit auch den gesamten Hausstand des Künstlerpaares vernichtet.

Solidarität und finanzielle Unterstützung sind dringend nötig!

Informationen hierzu und die Möglichkeit, direkt zu spenden finden Sie auf

https://www.betterplace.me/wall-streetgallery76

UNTERNEHMENSBESUCH

In der Zentrale von *SIGNA Real Estate* am Breitscheidplatz

Für gewöhnlich gilt ein Hochschulabschluss als gute Voraussetzung für den Einstieg in eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Hin und wieder gibt es aber auch Karrieren, die mit dem vorzeitigen Abbruch eines Studiums und dem direkten Einstieg in eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit beginnen. Der junge BILL GATES beispielsweise hatte nicht die Ausdauer, sein Studium in Havard zu Ende zu bringen, sondern beschäftigte sich lieber nebenher mit der Erstellung von Computerprogrammen und gründete sein Unternehmen *Microsoft* – der Rest der Geschichte ist bekannt.

RENÉ BENKO aus Innsbruck wartete nicht einmal bis zur Matura, dem österreichischen Abitur, sondern wechselte direkt von der Schulbank in eine außergewöhnlich erfolgreiche Karriere als Immobilienunternehmer. Er begann Mitte der neunziger Jahre, in seiner Heimatstadt Dachgeschosse zu Luxus-Appartements umzubauen und zeigte auch großes Geschick beim Erwerb und gewinnbringenden Weiterverkauf von Unternehmensbeteiligungen. Mit Beginn des neuen Jahrhunderts gründete Benko die »Immofina Holding GmbH«, zu deren großen Projekten der Neubau des Kaufhauses »Tyrol« in Innsbruck gehörte, dessen Planung von keinem geringeren als DAVID CHIPPERFIELD stammte. SIGNA war zunächst nur der Name eines geschlossenen Immobilienfonds der »Immofina Holding«, die jedoch seit 2006 unter dem Namen »SIGNA Holding GmbH« firmiert.

Inzwischen gliedert sich der Konzern auf in die »SIGNA Real Estate«, in der das Immobiliengeschäft konzentriert ist, und die »SIGNA Retail«, wo der größte deutsche Warenhauskonzern »Galeria Karstadt Kaufhof« ebenso angesiedelt ist wie auch zahlreiche weitere Handelsbeteiligungen im stationären wie im Online-Handel – von Sportartikeln bis hin zu Möbeln.

Der Berliner Sitz der »SIGNA Real Estate GmbH« befindet sich in dem markanten Hochhaus »Upper West« direkt am Breitscheidplatz im Zentrum meines Wahlkreises. Das nach Plänen des Architekten CHRISTOPH LANGHOF errichtete Gebäude wurde im Frühjahr 2017 eröffnet und ein halbes Jahr später von der SIGNA erworben. In der 31. und 32. Etage des Hochhauses residiert die Immobiliensparte des Unternehmens unter der Leitung des gebürtigen Berliners TIMO HERZBERG, der auch Mitglied des fünfköpfigen »Group Executive Boards«, d.h. des Vorstandes der SIGNA-Gruppe ist. Er verhandelte bereits spektakuläre Immobiliendeals wie etwa 2019 den Erwerb der Architektur-Ikone »Chrysler Building« in New York sowie zahlreiche Projekte in Deutschland, Österreich und Italien. Firmengründer RENÉ BENKO, inzwischen mit gerade 43 Jahren Multimilliardär, hat sich aus dem operativen Geschäft zwar zurückgezogen, hält aber über die »Familie Benko Privatstiftung« noch immer 85 % der Anteile an der »SIGNA Holding GmbH«.

Modelle wichtiger Bestandsimmobilien der SIGNA sind im Hochhaus »Upper West« aufgebaut - aus dem Fenster im Hintergrund ein grandioser Blick auf die City-West.
Foto: Frank Jahnke

In meinem Gespräch mit Vorstand TIMO HERZBERG ging es vor allem um die Berliner Projekte der SIGNA-Gruppe. Im Portfolio von SIGNA befindet sich das Berliner Traditionskaufhaus »KaDeWe«, das zusammen mit dem Hamburger Alsterhaus und Münchener Oberpolliger zum Segment »SIGNA PREMIUM« gehört und wo weiter investiert wird.

Schräg gegenüber vom »Upper West« befindet sich das Areal des »Karstadt«-Kaufhauses am Kurfürstendamm. Auch hier gibt es umfangreiche Pläne zur Neugestaltung des gesamten Blocks bis zur Ranke- und Augsburger Straße.

Die ursprünglichen Pläne einer Umgestaltung des früheren »Wertheim«-Kaufhauses zur Shopping Mall sind vom Tisch, aber über die Höhe, Dichte und Nutzung der künftigen Bebauung gibt es noch Klärungsbedarf. Die Durchsetzung kommunaler Interessen gegenüber einem Schwergewicht der Immobilienbranche wie SIGNA ist zweifelsohne eine Herausforderung für die Politik in Land und Bezirk!

Mit Vorstand Timo Herzberg im Gespräch – vor uns auf dem Tisch ein Modell des von SIGNA geplanten Projekts »Elbtower Hamburg«.
Foto: SIGNA

Im Zusammenhang mit der Rettung der Warenhausstandorte von »Galeria Karstadt Kaufhof«, die im Sommer bereits zur Schließung bestimmt waren, insbesondere auch »unserem Karstadt« in der Wilmersdorfer Straße, hat der Senat Zugeständnisse an SIGNA gemacht, die sowohl das Projekt am Kurfürstendamm betrafen, als auch Projekte am Alexanderplatz und am Hermannplatz.

Seit der frühere »Karstadt«-Chef THOMAS MIDDELHOFF (der später wegen Untreue verurteilt wurde) es für eine gute Idee hielt, die Immobilien der »Karstadt«-Kaufhäuser zu verkaufen, befand sich der größere Teil der »Karstadt«-Immobilien nicht mehr im Portfolio des Warenhauskonzerns und ist heute auch nur zu einem kleineren Teil in Händen der »SIGNA Real Estate«. Die Filiale am Hermannplatz gehört jedoch dazu, und SIGNA plant eine Investition in der Größenordnung von 600 Mio. Euro zur Umgestaltung des Kaufhauses in Anlehnung an das großartige Gebäude aus den zwanziger Jahren, das 1945 im Zug der Endkämpfe des Zweiten Weltkriegs von der SS gesprengt wurde. In diesem Falle könnte das Zugeständnis des Senats an die SIGNA, das Bauprojekt am Hermannplatz planerisch zügig voranzutreiben, sogar zu einer Win-Win-Situation für Berlin führen. Leider sehen die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg mit ihrem Baustadtrat Florian Schmidt hierin nur eine Beeinträchtigung ihrer »Kreuzberger Kiezidylle« und torpedieren das Bauprojekt bisher. Es wäre für den Senat geboten, das Verfahren - wie zugesagt - endlich an sich zu ziehen!

In unserem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist das Miteinander von Bezirk und Investor glücklicherweise konstruktiver. TIMO HERZBERG bringt sich mit der »SIGNA Real Estate« auch in das vom Bezirksamt und der AG City initiierte »WerkStattForum« ein, wo Ideen für die weitere Gestaltung der City West bis 2040 entwickelt werden. Es geht nicht darum, Investoren jeden Wunsch zu erfüllen, sondern eine im Interesse von Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin zukunftsweisende Entwicklung zu ermöglichen! ■

Im Hochhaus »Upper West« am Breitscheidplatz residiert die SIGNA Real Estate.
Foto: Frank Jahnke

MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP

»Unvollendete Metropole. 100 Jahre Städtebau für Groß-Berlin«

Am 1. Oktober 2020 fand im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses eine Feierstunde zur Erinnerung an die Bildung von Groß-Berlin statt, die auf den Tag genau 100 Jahre zuvor vollzogen worden war. Das »Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin«, das am 27. April 1920 in eben jenem Plenarsaal, in dem seinerzeit der Preußische Landtag seinen Sitz hatte, beschlossen wurde, trat am 1. Oktober 1920 in Kraft.

Michael Müller hält eine Festrede bei der Feierstunde im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses anlässlich des 100. Jahrestages von Groß-Berlin
Foto: Frank Jahnke

Bis auf einige kleinere Änderungen der Stadtgrenze aufgrund alliierter Festlegungen in der Folge des Zweiten Weltkriegs wurde die Stadt bereits 1920 in ihren heutigen Grenzen durch Fusion mehrerer Städte, Landgemeinden, zahlreicher Dörfer und Güter gebildet. Vorangegangen war eine jahrzehntelange Diskussion über die Schaffung eines gemeinsamen Planungsraumes rund um die kaiserliche Hauptstadt Berlin, die 1912 zwar zur Bildung eines »Zweckverbands Groß-Berlin« führte, aber nicht zu weiteren Eingemeindungen über das 1861 geschaffene Stadtgebiet hinaus. Insbesondere die wohlhabenden Nachbarstädte wie Charlottenburg, Wilmersdorf oder Schöneberg wollten nicht mit den Arbeiterbezirken im Norden und Osten Berlins vereinigt werden, denn was oberflächlich betrachtet vorrangig als eine Verwaltungsreform erscheinen mochte oder vielleicht noch als eine Maßnahme zur Bündelung von Verkehrsinfrastrukturen, hatte eine zutiefst sozialpolitische Komponente.

Groß-Berlin zur Zeit der Gründung 1920
Foto: Frank Jahnke

Es bedurfte erst der gewaltigen politischen Umwälzungen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, um den Boden für eine Einheitsgemeinde Groß-Berlin zu bereiten. Konservative Kräfte in Preußen versuchten, das Projekt nach wie vor zu verhindern. Doch es gelang dem damaligen Berliner Oberbürgermeister ADOLF WERMUTH in geschickter Zusammenarbeit mit aufgeschlossenen Vertretern der preußischen Regierung, insbesondere dem Staatssekretär FRIEDRICH FREUND im preußischen Innenministerium, und positiv gestimmten Stadtoberhäuptern aus der Umgebung wie dem Schöneberger Oberbürgermeister ALEXANDER DOMINICUS, ein Gesetz zur Schaffung von Groß-Berlin im Preußischen Landtag vorzulegen und mit einer linksliberalen Mehrheit zu verabschieden. Die Einwohnerzahl Berlins verdoppelte sich durch die Eingemeindungen schlagartig von 1,9 Millionen auf 3,8 Millionen.

In einer grandiosen Ausstellung über drei Etagen im ehemaligen Kronprinzenpalais Unter den Linden beleuchten die Initiatoren TOBIAS NÖFER und HARALD BODENSCHATZ vom Architekten- und

Ingenieursverein Berlin-Brandenburg anhand von Karten, Fotografien und anderen zeitgenössischen Dokumenten die unterschiedlichen Aspekte des Entstehungsprozesses und der

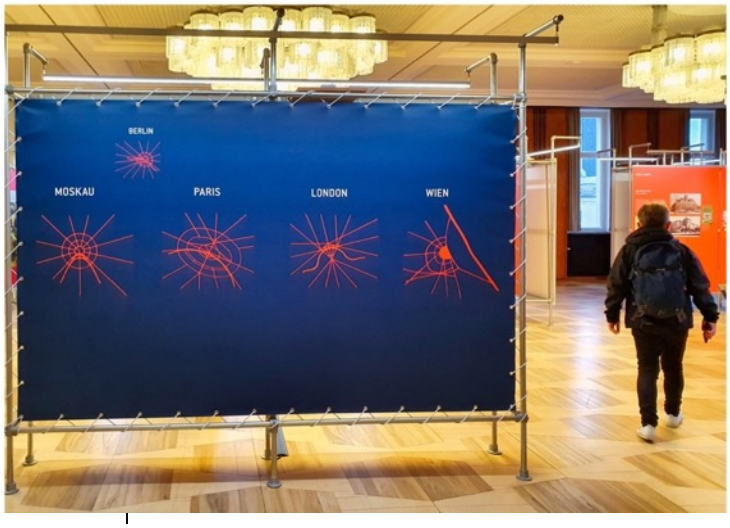
Berlin zur NS-Zeit: Der Bezirk Friedrichshain hieß damals »Horst Wessel«.
Foto: Frank Jahnke

weiteren Entwicklung von Groß-Berlin bis in die Gegenwart. Die einzelnen Rubriken mit Titeln wie »Krisenjahr 1920: Bildung von Groß-Berlin«, »Wirklich sozial – die Wohnungsfrage« oder »Macht und Ohnmacht: Parade großer Pläne« eröffnen ein breites Spannungsfeld, innerhalb dessen während der letzten 100 Jahre in Berlin geplant, gebaut und auch abgerissen wurde. Von der Weimarer Republik zur Nazi-Diktatur, über zwei deutsche Staaten, die in Berlin nebeneinander existierten und separat planten, bis hin zur Gestaltung einer neuen Hauptstadt in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts und gegenwärtigen Planungen schlägt die Ausstellung einen gewaltigen Bogen unter dem Blickwinkel jeweils spezifischer Überlegungen etwa der Verkehrspolitik, Sozialpolitik und natürlich der Stadt- und Regionalplanung.

Im 2. Obergeschoss des Kronprinzenpalais wird ein Blick in die mögliche Zukunft Berlins geworfen. Zum einen zeigt der Vergleich des Metropolenraums Berlin mit den weitaus größeren Ballungsräumen der Partnerstädte London, Paris und Moskau, wie aber auch mit der kleineren Metropole Wien Tendenzen auf, die für Berlin von Bedeutung sein können. Zum zweiten hat der Architekten- und Ingenieursverein Berlin-Brandenburg den Ideenwettbewerb »BB 2070« ausgelobt, dessen z. T. durchaus beachtlichen Ergebnisse in der Ausstellung präsentiert werden.

Aufgrund des coronabedingten »November-Lockdowns« ist die Ausstellung bis zum 30.11. leider zunächst geschlossen, wurde aber vorsichtshalber bereits bis zum 3. Februar verlängert, so dass hoffentlich noch genügend Zeit für einen Besuch bleibt.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die Ausstellung im Kronprinzenpalais nicht die einzige empfehlenswerte Ausstellung ist, die zum Thema »100 Jahre Groß-Berlin« gezeigt wird. Unter dem Titel »Chaos & Aufbruch« bietet das Stadtmuseum Berlin bis zum 30.05.2021 eine ebenfalls sehenswerte »Entdeckungsreise« durch Vergangenheit und Gegenwart einer Metropole, die vor 100 Jahren mit dem Anspruch antrat, »die modernste und sozialste Stadt der Welt zu werden«, wie die Kuratoren es formulieren. Eine kleine, aber feine Ausstellung des August-Bebels-Instituts über den »Dirigenten der Weltstadt« MARTIN WAGNER und das neue Berlin der 20er Jahre ist im »Roten Rathaus« zu sehen, sobald dieses wieder für den Publikumsverkehr geöffnet wird. ■



Im obersten Stockwerk wird ein Vergleich mit den Metropolenräumen von London, Paris, Moskau und Wien gezogen. Foto: Frank Jahnke

Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 10117 Berlin, täglich 10 - 18 Uhr, wieder ab 1.12.20 bis 3.2.21, freier Eintritt, aber coronabedingt vorherige Buchung von Tickets unter https://unvollendete-metropole.de/tickets/ nötig!

Aus dem Abgeordnetenhaus

Das Berliner Abgeordnetenhaus ist in diesen Novembertagen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen im Plenum, in den Ausschüssen und im gesamten Haus nun ebenfalls von Corona betroffen. Zwei Abgeordnete wurden bereits positiv getestet, etliche weitere waren zeitweise in Quarantäne. Die SPD-Fraktion hält es daher für geboten, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments auch durch Verfassungsänderung sicherzustellen, wie es der Bundestag und andere Landesparlamente mittels veränderter Beschlussfähigkeitsregeln bereits getan haben.

Der zweite »Lockdown« in diesem Jahr, der zwar noch nicht alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in dem Maße erfasst, wie wir es im Frühjahr erlebt haben, doch insbesondere für die Gastronomie und das kulturelle Leben einen ähnlich tiefen Einschnitt markiert, betrifft auch meine politische Arbeit als Wirtschafts- und Kulturpolitiker unmittelbar.

In einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses im Oktober diskutierten wir noch die Möglichkeiten, die Außengastronomie beispielsweise durch Heizpilze auch in der kälteren Jahreszeit stärker nutzen zu können, aber derartige Überlegungen wurden durch den »November-Lockdown« vorerst überholt. Die Notwendigkeit dieser Schritte, um das Infektionsgeschehen wieder beherrschbar zu machen, soll hier nicht in Zweifel gezogen werden und wurde im Übrigen auch jüngst durch Gerichtsurteile bestätigt, doch es bedarf in dieser Lage stärkerer Unterstützungsmaßnahmen für die Gastronomie- und Hotellerie-Branche, wie sie beispielsweise der Hotelier Michael Zehden bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen hat.

Im Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses ist die Situation der Theater, Opern, Konzerthäuser, Museen und der freien Szene ständiger Besprechungspunkt. Hier geht es zwar auch um finanzielle Unterstützung, aber mindestens ebenso sehr um die Möglichkeit der Ausübung. Beim Neustart in die Saison 2020/21 haben alle Institutionen gezeigt, wie sie mit maßgeschneiderten Hygiene-Konzepten der Pandemie verantwortungsvoll begegnen und ein Stück weit kulturelles Leben wieder ermöglichen konnten. Der erneute »Lockdown« trifft sie daher hart. Es bleibt zu hoffen, dass der »November-Lockdown« nicht in die Verlängerung gehen muss bzw. auf der Grundlage der bisher gesammelten Erfahrungen zielgenauer gehandhabt werden kann. ■

Terminvorschau

24. Nov. **17 – 18 Uhr**
Kostenlose Rechtsberatung
mit RA Alexander Rudolph
in der Goethe15

03. Dez. **18 – 19 Uhr**
Bürgersprechstunde
mit Frank Jahnke, MdA
in der Goethe15

07. Jan. **18 – 19 Uhr**
Bürgersprechstunde
mit Frank Jahnke, MdA
in der Goethe15

Weitere Informationen

Goethe fünfzehn 15
Goethestraße 15
10625 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo - Fr, 14 - 18

✆ 030. 313 88 82
✉ wahlkreisbuero@frank-jahnke.de
www.frank-jahnke.de

V.i.S.d.P.: MdA Frank Jahnke
Wahlkreisbüro Goethestr. 15, 10625 Berlin